

Beiträge

- Die Beschwerde gemäß § 363 a StPO per analogiam als Mittel der Verfahrensbeschleunigung 581
 Der Oberste Gerichtshof hat durch Anpassung des Systems der Nichtigkeitsgründe und ein erweitertes Verständnis von Erneuerung des Strafverfahrens umfassend höchstgerichtliche Kontrolle von Eingriffen in Grund- und Menschenrechte durch Strafgerichte und Staatsanwaltschaften ermöglicht. Selbst Normanfechtung beim VfGH ist als subjektives Recht gegenüber unterstellten Strafgerichten anerkannt. Schon aus diesem Grund erscheint die Einführung einer Gesetzesbeschwerde nicht sachgerecht.
Von Eckart Ratz
- Zum Stand der Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen im deutschen Recht bei Verwendung im B2B 586
 Das deutsche AGB-Recht basiert auf einer Rechtsprechung, die bereits vor über 50 Jahren eine Inhaltskontrolle mit Schwerpunkt im kaufmännischen Rechtsverkehr durchgeführt hat. 35 Jahre nach Inkrafttreten des (ursprünglichen) AGB-Gesetzes zum 1. 4. 1977 fragt es sich, ob sich die Einbeziehungs- und Inhaltskontrolle im B2B-Bereich von den Verbraucherverträgen (B2C-Bereich) abgekoppelt hat oder letztlich die gleiche Substanz aufweist: Dualismus oder Polarität im AGB-Recht? Hierbei wird die Entwicklung und der aktuelle Stand des AGB-Rechts in Deutschland aufgezeigt.
Von Jürgen Niebling
- Rechtsprechung des EGMR 2011 (2) 595
 Der zweite Teil des Überblicks über Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahr 2011 behandelt Entscheidungen zu den Art 2 sowie 4 bis 7 EMRK.
Von Rudolf Thienel

Evidenzblatt

- Arbeitsrecht 602
 OGH 20. 1. 2012, 8 ObA 74/11 g
 85: Arbeitskräfteüberlassung: Aus dem EU-(EWR-)Ausland entsendete Arbeitskräfte
- OGH 27. 2. 2012, 9 ObA 21/12 x 604
 86: Beschimpfung wegen ethnischer Zugehörigkeit
- Bestandrecht 607
 OGH 20. 1. 2012, 8 Ob 125/11 g
 87: Videokameraatrappe und Schutz der Privatsphäre
- Schadenersatzrecht 609
 OGH 19. 1. 2012, 2 Ob 178/11 g
 88: Der abgestellte Anhänger als Verkehrsmittel
- OGH 21. 12. 2011, 7 Ob 171/11 i 611
 89: Haftung des Waldeigentümers nach Ingerenzprinzip trotz § 176 ForstG
- Strafprozessrecht 613
 OGH 28. 2. 2012, 12 Os 5/12 w
 90: Verteidigung bei kontradiktorischer Vernehmung
- OGH 8. 3. 2012, 13 Os 102/11 s 614
 91: Sicherstellung der Volksöffentlichkeit außerhalb der Amtsstunden

EvBI-Leitsätze

→ Arbeitsrecht	616
OGH 27. 2. 2012, 9 ObA 4/12 x 97: Der der Post AG „zugewiesene“ Beamte und Personalvertreter	
→ Bestandrecht	616
OGH 27. 2. 2012, 2 Ob 215/10 x 98: Rückstellung des Bestandgegenstands „ordnungsgemäß weiß ausgemalt“	
→ Exekutionsrecht	617
OGH 18. 4. 2012, 3 Ob 58/12 v 99: Das rechtliche Interesse an einer Akteneinsicht muss konkret dargelegt werden	
→ Sozialversicherungsrecht	617
OGH 13. 3. 2012, 10 ObS 7/12 w 100: Keine (neuerliche) Anfallsprüfung bei Weitergewährung befristeter Invaliditätspension	
→ Wohnungseigentumsrecht	618
OGH 20. 3. 2012, 5 Ob 17/12 d 101: Streitigkeiten mit der Eigentümergemeinschaft gehören nicht in das Außerstreitverfahren	
→ Sachenrecht	619
OGH 16. 2. 2012, 6 Ob 266/11 b 102: Denkmalgeschütztes Zubehör	
→ Strafprozessrecht	619
OGH 3. 4. 2012, 14 Os 6/12 g 103: Für Hauptverhandlung genügt zusammenfassende Übersetzung durch Dolmetscher	
→ Strafrecht	620
OGH 13. 3. 2012, 12 Os 16/12 p 104: Schütteln eines Behältnisses zur Sachwegnahme begründet keine Einbruchqualifikation	

Forum

→ Sozialversicherungsrechtliches Haftungsprivileg des Dienstgebers, Pflichtversicherung von Anhängern und der Begriff des „Verkehrsmittels“, das erhöhter Haftpflicht unterliegt	620
Eine Analyse der Entscheidung 2 Ob 178/11 g Von <i>Walter Kath</i>	

Sprache und Recht

→ Wortgestöber: Von der Ungerei	624
Von <i>Michael Rami</i>	

Standards

→ Impressum	580
→ Buchbesprechungen	622
→ Jetzt in Kraft	623